

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
10- 12/2009 / Nr. 27

Österreich braucht Kinder und gesunde Familien!



Liebe Leser !

Da doch Weihnachten vor der Tür steht, würde ich Ihnen am liebsten ein Nachrichtenblatt vorlegen, in dem ausschließlich von Erfreulichem berichtet werden kann. Doch wie verfare ich mit jenen leider negativen Wirklichkeiten und den damit verbundenen Sorgen unserer Mitbürger, die im letzten Vierteljahr an uns herangetragen wurden? Sollen sie unerwähnt bleiben?

Wir haben einen Kompromiß gesucht, indem wir in dieser „Weihnachtsausgabe“ ein gutes Drittel **positiver** Ereignisse, Verhaltensweisen und idealistischer Taten abgedruckt haben.

Einmal vom politischen Dauerbrenner „Lissabon-Vertrag“ abgesehen, wurden

während der letzten Monate auffallend häufig die Themen Familie und Kriminalität an uns herangetragen. Im ersten Moment scheinen wir es mit zwei voneinander unabhängigen Themen zu tun zu haben.

Doch wissenschaftliche Studien von Kinder- und Erziehungspsychologen belegen es eindeutig: Ist die Familie nicht mehr intakt und hat die Mutter nicht genügend Zeit, **eine vertraute Beziehung zum Kind aufzubauen**, so hat dies Einbußen in der seelisch-psychischen Gesundheit des Kindes zur Folge, die wiederum in der Gesellschaft ihren „Niederschlag“ finden. Wir haben alle schon von den Trinkgelagen vorpubertärer Jugendlicher gehört oder von der erschreckend zunehmenden Gewaltbereitschaft.

Da berichtet z.B. die Notärztin Dr. Ursula Waibel aus Innsbruck auf einer Veranstaltung am 13. November 2009:

„Wir schnappen oft 12- und 13-jährige Kinder im Suff auf. Das Schlimme, stundenlang ist kein Familienangehöriger zu erreichen. Und wenn, dann heißt es: Stellt mein Kind auf die Straße!“

Das Schicksal des Staates hängt vom Zustand der Familie ab.

Alexandre Rodolphe Vinet

Bei solchen Beziehungen zum Kind, wo wir nicht mehr von „Mangel an Zuwendung“ sprechen können, sondern von einem „Alleingelassensein“, wundert man sich kaum, wenn diese jungen Menschen auf schlechte und u.U. kriminelle Gedanken kommen. Wir kennen die in Städten zunehmenden Auswüchse von Vandalismus: Verschmutzte Sitze in Bussen, verschmierte Hauswände, zerkratzte Autos.

Viele Bürger haben sich mit diesen Zuständen beinahe schon abgefunden. Wer allerdings einmal unmittelbar von Gewaltanwendung auf der Straße betroffen war, wird die Frage, warum können sich Jugendliche zu solchen Taten

Inhalt:

- Kinder u. gesunde Familien.....S. 1/2
- Sozialstaat Österreich.....S. 3
- Wohin führen uns Politiker?.....S. 3
- SchweinegrippeS. 4
- LesermeinungenS. 4
- Wir trauern.....S. 5
- Positives, ErfreulichesS. 5-6
- ImpressumS. 6



Vorarlberger Schulkinder erholen sich während der Pause. Die Kinderwelt scheint auf den ersten Blick in Ordnung. Doch die Bevölkerungsentwicklung zeichnet ein unerfreuliches Bild: Die einheimische Bevölkerung schrumpft dramatisch und das hat gesellschaftliche Folgen in vielerlei Hinsicht.

Warum können sich österreichische Frauen heutzutage so selten für (mehrere) Kinder entscheiden? Zählt Selbstverwirklichung so sehr oder sehen junge Frauen ihre zukünftigen Lebensumstände so widrig?

„Da das Familien-Modell psychisch intakte, handlungs- und demokratiefähige Menschen hervorzubringen verspricht, ist es, wenn man Zukunft für das christliche Abendland will, alternativlos.“

Christa Meves, Kinderpsychologin, Uelzen Deutschland

hinreißen lassen, nicht mehr zur Seite schieben können. Zu spüren bekommt die Folgen von elterlicher Vernachlässigung jeder Bereich der Gesellschaft: Schulen, Arbeitsgeber und Sozialeinrichtungen.

„In Deutschland bahnt sich eine soziale Katastrophe an“, warnt die bekannteste Kinderpsychologin des deutschen Sprachraumes, Christa Meves, „10 Prozent aller Jugendlichen sind aus verhaltensauffälligen Gründen nicht mehr in den Arbeitsprozeß integrierbar und 20 % aller Hauptschulabsolventen in eine Berufsausbildung und -ausübung nicht zu vermitteln.“

Österreich ist auch leider nicht mehr eine „Insel seliger Zustände“, die gesellschafts-soziale Entwicklung läuft bei uns geradewegs in dieselbe Richtung.

Die Politik müßte schon längst reagieren. Es braucht vorausschauende Konzepte, die die Familie anerkennt und funktional zur Geltung bringt, ohne daß dies die Frauen ohne Wahlfreiheit in eine Sackgasse führt. **Auch braucht es ein Erziehungs- oder Müttergehalt, damit die Mütter auch finanziell unabhängig sein können und ihre Pension abgesichert ist. Gleichzeitig muß der Familienzusammenhalt gefördert werden.** Die steigende Zahl von negativen Sozialfaktoren, beispielsweise Ehescheidungen mit den vielen Scheidungswaisen müßte alle aufrütteln!

Jetzt noch zum Dauerbrenner-Thema. Der Aufruf im „Neues aus Österreich“- Nr. 26, den irischen „Nein zum Lissabonvertrag“-Organisationen finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, blieb bei unseren Freunden nicht ungehört – an dieser Stelle **herzlichen Dank dafür!** Wir konnten insgesamt 1.416 Euro an Spenden an die Initiative People's Movement in Irland weiterleiten, die bis zur Erschöpfung für das „Nein“ zum Lissabon-Vertrag gekämpft hat. Leider mußten wir die Abstimmungs-Realität hinnehmen, die vielen Anstrengungen hatten nicht den ersehnten Erfolg.

Dies sollte aber nicht dazu führen, Bitterkeit aufkommen zu lassen. Wir haben unser Möglichstes getan und müssen uns kein Selbstvorwürfe machen. Dann heißt es eben, neue Wege für Frieden in Freiheit zu bahnen. Zum Schluß möchte ich Ihnen, sehr geschätzte Leserinnen und Leser, eine gute Advent-Zeit wünschen, in der Sie in der Vorfreude auf Weihnachten nie die Hoffnung aufgeben.

Ihr

Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

Ist Österreich noch ein Sozialstaat?

Österreich ist als Mitglied der Europäischen Union einer neoliberalen Wirtschaftspolitik unterworfen, die dem „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ folgt. Sie verpflichtet Österreich zur globalen Integration und verbietet jeden Schutz einheimischer Produkte, obwohl Maßnahmen nach dem Sozialprinzip geboten wären.

Die Handelspolitik fällt nunmehr unter die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union, die Mitgliedstaaten haben keine Hoheit über die Wirtschaft mehr. In den Grundzügen der Wirtschaftspolitik müssen die Rechtsordnungen der Europäischen Union berücksichtigt werden, nicht aber jene der Mitgliedstaaten.

Durch Standortverlagerung der Unternehmen in Länder, wo die Arbeit „nichts“ kostet, werden die österreichischen Unternehmen immer wettbewerbsunfähiger. Eine ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtete EU-Wirtschaftspolitik erhöht die Arbeitslosenzahlen und fördert prekäre Arbeitsverhältnisse. Der Sozialstaat Österreich wird dadurch geschwächt.

Unser Land muß sich jede Maßnahme des EU-Rates gefallen lassen und wird zur wirtschaftspolitisch überwachten, untergeordneten Einheit der Europäischen Union. So ist ein Beschluß des Rates der Union über die Grundzüge der Handelspolitik – entgegen einer gewünschten, eigenstaatlichen Sozialpolitik zur Minderung der Arbeitslosigkeit – nicht an das Bundesverfassungsgesetz Österreichs gebunden! Das Europäische Parlament wird nachträglich über einen Beschluß informiert.

Österreich wird also verpflichtet, sich dem Unionsrecht unterzuordnen und kann verwahrt und bestraft werden. Der neoliberale EU-Wirtschaftskurs zeigt sich deutlich in der Beschäftigungspolitik. **So ist das Ziel Vollbeschäftigung aus den EU-Verträgen verschwunden.** Es gibt auch keine Schranken gegen Steuer- und Lohndumping im Reform-Vertrag. Ein Ziel der Errichtung einer Sozialunion und die Sozialstaatlichkeit unter den Werten der Union sucht man vergebens.

Die großen Freiheiten des kapitalistischen Binnenmarktes, freier Verkehr von Kapital, Personen, Waren und Dienstleistungen sind die Grundwerte der Union und nicht die Freiheit sowie verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte der Bürgerinnen und Bürger Österreichs!

Motor der Integrationsentwicklung ist der Europäische Gerichtshof. In seinen Urteilen werden die Marktfreiheiten über die sozialen Belange gestellt. **Der Vertrag von Lissabon fördert eindeutig den Sozialabbau.**

Akzeptiert hat das österreichische Bundesvolk das nicht, denn die Bürger waren bei der Volksabstimmung 1994 über diese Tatsachen nicht unterrichtet und haben auch mit der Zustimmung zum Beitrittsverfassungsgesetz nicht jeder Entwicklung der EU zugestimmt. (Helmut Schramm, Wien)

„Der Widerstand darf nicht aufhören, niemand soll einmal sagen können, warum haben die Menschen das hingenommen, wie es heute einer fast schon ausgestorbenen und geschundenen Generation vorgeworfen wird.“

Josef Malinowsky, am 11. April 2008 in der KrZ, nach der Abstimmung der österreichischen Volksvertreter gegen das Volk.

Wohin führen uns abhängige Politiker?



Peter Menghin

Wohin führen uns abhängige Politiker?

Seit Bruno Kreisky machten alle österreichischen Regierungen in steigendem Ausmaß Schulden, mit Ausnahme jener von Wolfgang

Schüssel. Da gab es ein Jahr mit einem „Null-Defizit“, weil der Ausverkauf von Staatsgütern Geld in die Bundeskasse brachte! (Bsp.: Bundesforste, Bundeswohnbau-Gesellschaften, Industrie – und Dienstleistungsunternehmen, etc.) Wohlgermerkt, unsere verantwortlichen Politiker verscherbelten Vermögen der Bürger um die Mißwirtschaft zu kaschieren und so eine erfolgreiche Budgetpolitik vorzutauschen, echte Wirtschaftsleistung wurde damit keine erbracht! So etwas würde kein ordentlicher Kaufmann machen und es dann noch als eine großartige Leistung hinstellen!

Derzeitiger Stand der Staatsschulden: 189.247.689.848 Euro mit 7.797.411.924 Euro jährlichem Zinsendienst, davon gehen 82 % ins Ausland.

Trotz dieser anwachsenden Staatsschuld und kaum mehr zu bewältigender Zinsbelastung, bürdeten uns die Politiker sogar noch die EU-Mitgliedschaft auf, die neben der Demontage der Eigenstaatlichkeit die Steuerzahler Jahr für Jahr mit Beitragszahlungen von über 2,3 Milliarden Euro belastet.

ZUR ERINNERUNG: Vor dem EU-Beitritt lockten Politiker mit zehn Versprechen, davon entpuppten sich neun als Lügen! So kann man sich auf unsere Politiker verlassen. Nun geht also das Schulden-Machen ungebremst weiter, man hat ja eine Ausrede zur Hand, die Finanzkrise. Daß genau die selbsternannten Fachleute diese Krise mit ihrer „Geld-aus-Luft-machen“-Politik verschuldeten und zur Verantwortung zu ziehen wären, das wollen sie nicht hören. So kann es also

nicht mehr weitergehen, sonst ist unser Staat in Kürze konkursreif. Es gäbe dann auch nichts mehr zu verkaufen, nur noch unser kostbares Wasser.

Was kann dagegen unternommen werden?

Nur Direkte Demokratie (verbindliche Volksabstimmungen) kann Abhilfe schaffen. Wenn das Volk in wesentlichen Fragen direkt entscheiden kann, bewirkt das,

- daß an sinnvollen Orten gespart wird und die Staatsschulden abgebaut werden können,
- daß Polit-Korruption weitestgehend unterbunden wird. (Ein ganzes Volk kann nicht bestochen werden)
- daß im Krisenfall die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Energie im Inland gewährleistet ist. (Österreichs Abhängigkeit bei Lebensmitteln und Energie vom Ausland verursachte Hunger und Not nach dem 2. Weltkrieg!)
- daß eine wirksame Kontrolle der Politiker durch das Volk möglich ist.

Wehren wir uns, solange es nach der österreichischen Bundesverfassung noch möglich ist und fordern wir das Recht ein, jederzeit verbindliche Volksabstimmungen zu wesentlichen Sachthemen abhalten zu können.

Das Volksbegehren für direkte Demokratie hat dies zum Ziel.

Helfen Sie uns, die Einleitung zu ermöglichen. Sprechen Sie das Thema in Leserbriefen an.

Ein Unterstützungsf formular ist diesem Nachrichtenblatt beigelegt.

(Peter Menghin, Innsbruck)

„Wir verhungern vor der vollen Schüssel, da wir geeignete Löffel nicht haben“ -

warnte Prof. Heinrich Wohlmeyer bei der Bundesversammlung der NFÖ am 25. 10 2009 angesichts der Finanzkrise.

Mehr Mut zum Eigensinn!

„In unserer Gesellschaft geht der Eigensinn immer mehr verloren. Wir sind durch die Medien, Radio und Fernsehen, in der Familie, im Freundeskreis, in Vereinen, am Stammtisch ständig einem Hagel von Informationen und Indoktrinationen ausgesetzt, die uns fremde Gedanken einhämmern. Wir merken es schon kaum mehr, wenn wir den immer gleichen Schlagwörtern, den unbewiesenen Behauptungen und den raffinierten Lügen zum Opfer fallen, wenn wir hohle Phrasen nachplappern und uns von fremden Meinungen beherrschen lassen. Es wird uns kaum mehr bewußt, wie sehr wir einer geheimen Gehirnwäsche verfallen, wir passen unsere Gedanken dem allgemeinen Denken an. Wir wagen nicht mehr eigene Gedanken zu haben.“

Wir haben mehr und mehr den Mut zum eigenständigen Denken verloren. Wir wagen kaum mehr ein eigenes freies Wort. Wir erliegen unmerklich einem allgemeinen Konformismus. Das ist eine der großen Gefahren für unser Land. Freiheit der Gedanken und Freiheit des Redens sind unverzichtbar für unsere geistige und politische Wohlfahrt. **Wir müssen wieder den Mut zur eigenen Meinung haben und müssen es wagen sie unnachsichtig gegen das allgemeine Geschwätz zu vertreten. Wir müssen wieder den Mut haben, uns unbeliebt zu machen. Lassen wir uns nicht einschläfern durch ein modisches Geschwätz.** Gegen einen tyrannischen Zeitgeist hilft nur ein energischer Eigensinn. Selber denken muß wieder Mode werden.“
(Eduard Stäuble, Schweizer Publizist 1924 - März 2009)

Da spricht uns Prof. Eduard Stäuble aus dem Herzen: Mehr Mut zum eigenen Denken (Eigensinn) ist nötig in einer Zeit, die uns mit gesellschafts- und familienzerstörenden Theorien betäuben will.

Panikmache rund um die sogenannte Schweinegrippe

Unter dem Vorwand einer Gesundheitsgefährdung durch den Ausbruch einer sogenannten „Schweinegrippe“ – Epidemie/Pandemie, will die französische Regierung Maßnahmen erlassen, mit denen Bürgerrechte, die seit der Französischen Revolution gelten, praktisch außer Kraft gesetzt werden. Wie in anderen europäischen Ländern haben die französische Regierung und Medien die Angst vor der H1N1 Grippe massiv geschürt.

Von der Umsetzung des Planes einer allgemeinen Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung Frankreichs – geschätzte Kosten, eine Milliarde Euro – würden die großen Pharmaunternehmen am meisten profitieren.

(Quelle: F. William Engdahl / Kopp-Verlag, 13.9.2009)

Obwohl die „Schweinegrippe“ bisher nicht schlimmer war als

eine übliche Grippe, geben Regierungen Milliardenbeträge für ungetestete Impfstoffe aus.

Mädchenbande vor Gericht

Um „schwere Mädels“ ist es am Donnerstag am Landesgericht in Innsbruck gegangen. Die vier Jugendlichen werden beschuldigt, mehrere zum Teil schwere Straftaten begangen zu haben. Die jüngste Angeklagte ist 14 Jahre alt. Die große Anzahl der Straftaten der vier Mädchen sei nicht in einem Verfahren bewältigbar, daher seien mehrere Prozesse gegen sie notwendig, erklärte Staatsanwalt Hansjörg Mayr.

Am Donnerstag wurden vier Raubüberfälle im Raum Innsbruck am Landesgericht verhandelt. Drei der Angeklagten, allesamt mehrfach vorbestraft, wurden am Donnerstag in Handschellen vor den Richter geführt.

Eines der Mädchen ist erst im März 14 Jahre alt und damit strafmündig geworden. Die Opfer waren ebenfalls ju-

gendliche Mädchen oder Kinder. Am Hauptbahnhof in Innsbruck zum Beispiel rissen sie einer jungen Frau eine Halskette herunter. Als die sich wehrte, schlugen sie zu und traten auf das Opfer ein.

Alle vier Mädchen, die sich vor dem Schöffengericht wegen zahlreicher Raubüberfälle verantworten mußten, waren aus zerrütteten Familienverhältnissen. Teilweise waren die 14- bis 17-Jährigen obdachlos, die Väter verschwunden und die Mütter selbst im Gefängnis.

Die Verteidigung der Mädchen beschrieb sie als verwildert. Sie hätten unter Drogeneinfluss verstärkt Aggression verspürt, die dann zu den Übergriffen geführt hätte. (Quelle: orf, 8.10.2009)

Die Ursachen sind einerseits in der extremen Form von familiärem Defizit und Vernachlässigung zu suchen, aber auch in der gewaltverherrlichenden Medienwelt. – Folge: gesellschaftlichen Verrohung.

(Siegfried Eder, Prutz am Inn)

Lesermeinungen

Über den Erfolg gefreut

Der Vortrag „Die Gefahren der Agro-Gentechnik“ in Pottenbrunn, am 10. September d. J. war ein großer Erfolg. (Ankündigung im letzten Nachrichtenblatt Nr.26) Es kamen über 80 Zuhörer aus Nah und Fern. Viele von ihnen nahmen eine Anreise von über 50 Kilometer in Kauf. Die Referate der Vortragenden und die anschließende Diskussion haben deutlich gemacht, daß gentechnisch veränderte Saaten und Mikroorganismen von Agrochemie-Konzernen nicht erfunden und patentiert werden um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Es geht ihnen darum, Konsumenten und Bauern zu **kontrollieren und in eine Abhängigkeit zu bringen**. Nochmals Dankeschön an jene NFÖ-Leser, die anwesend waren und mit ihren Diskussionsbeiträgen zu einer gelungenen Veranstaltung beitrugen.

Es wäre wünschenswert, würden auch andere Menschen und NFÖ-Sympathisanten aktiv werden und gesellschaftspolitische Veranstaltungen organisieren bzw. sich engagieren. Es zählen in unserer Gesellschaft hoffentlich nicht nur noch „Brot und Spiele“??

(Helmut Sperl, Werkstatt für Denkanstöße, Pottenbrunn)

Die NFÖ freut sich mit dem Initiator Helmut Sperl über die gelungene Veranstaltung.

AKW-Endlager fehlen

Es schockiert zu erfahren, daß seit 1995 jährlich 108 Tonnen radioaktiver Abfälle heimlich aus den 58 französischen AKW nach Sibirien verfrachtet werden und dort teils im Freien gelagert sind. Es versetzt viele in Furcht, wenn sie erfahren, dass mehr als 100.000 Tonnen gefährlicher Atommüll „provisorisch“ irgendwo in Europa gelagert werden. Wie viele Tonnen werden dies demnächst auf unserem Planeten sein, wenn bald 450 AKW in Betrieb sind?

Ich muß an die Worte des Wissenschaftlers und Nobelpreisträgers Harold C. Urey denken, der sagte: „Wir werden in Furcht essen, in Furcht schlafen, in Furcht leben und in Furcht sterben.“

Nicht nur das atomare Wettrüsten, sondern auch der Betrieb von Atomkraftwerken und die „Lagerung“ von Atommüll versetzen viele Menschen in Furcht. (Ing. Harald Schober, Weiz)



Verpackungsfreundliche Melonen – bald genmanipuliert?

Wenn Kommerz über Ethik und Vernunft siegt...

Eine leidenschaftliche Mutter



Maria Klingler
Kirchdorf, Tirol

Wer die Leserbriefseiten auflagenstarker Zeitungen regelmäßig liest, wird immer wieder auf Briefe von Maria Klingler stoßen. Ihre kämpferische und unverstellte Sprache ist ihr „Markenzeichen“. Sie hat uns in einem Interview Einblick in Ihre Grundeinstellungen

und vielseitigen Erfahrungen gegeben. Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß Maria Klingler uns mit einem Wortwitz und Humor begegnet ist, der das Interview zu einem „Theater ohne Vorhang“ (Eigenschaft von Maria Klingler) werden ließ.

NFÖ: Frau Klingler, Sie schreiben auffallend viele Leserbriefe...?

M.K.: „Ja, ich schreibe gern, jeden Tag mindestens einen Brief. Wissen Sie, Worte können wie eine Waffe, eben wie scharfe Klängen gebraucht werden – die gekreuzten Klängen findet man ja auch in meinem Wappen.“ Dabei deutet sie schmunzelnd auf die gekreuzten Klängen im Wappen der Schweizer Vorfahren gegenüber an der Wand, „mein Name hat nichts mit einer Glocke zu tun!“

NFÖ: Wie sehen Sie sich selbst, Sie wurde ja schon mehrfach ausgezeichnet, eine Mutter, die allein 7 Kinder großgezogen hat, ist nicht gerade alltäglich?

M.K.: „Es freut mich auch wirklich, daß aus meinen Buben rechtschaffene und beruflich erfolgreiche Männer geworden sind. Also, auf alle Auszeichnungen kann ich verzichten, aber als erfolgreiche Mutter identifiziere ich mich total, ... den Frauen entgeht ja so viel.“

NFÖ: Was haben Sie Ihren Buben für's Leben als wichtigstes Rüstzeug mitgegeben?

M.K.: „Selbstbewußtsein (!) und daß ich immer daheim blieb, für sie da war.“

NFÖ: In Ihren Briefen greifen Sie oft das Thema „EU“ auf, Sie scheinen nicht gut auf diese Institution zu sprechen zu sein?

M.K.: „Für mich ist die EU eine „Entsorgungsanstalt Unerwünschter“ oder wenn Sie so wollen, Europas Unglück...“

Ich sage Ihnen, was ich für meine Heimat Österreich wünsche: „Grenzen zu, heraus aus der EU, Geld behalten, selbst verwalten!“

NFÖ: Stört Sie außer der EU noch etwas sehr?

M.K.: Es lebe der Unterschied zwischen Frauen und Männern, aber trotzdem fühle ich mich als „Wähler“ angesprochen, das „innen“ finde ich so blöd!“ Und dann mag ich es nicht, wenn Männer unrasiert herumlaufen, das habe ich auch dem Strache geschrieben: Wer zu faul ist zum Rasieren, ist auch zu faul zum Regieren.“

Maria Klinglers Leben verlief in der Tat ungewöhnlich:

Aufgewachsen ist Maria Klingler in St. Johann in Tirol, zusammen mit weiteren 5 Geschwistern.

Von neun Kleinkindern aus Wiener Waisenhäusern, hat sie sechs großgezogen. In jüngeren Jahren arbeitete sie in England, Italien, Belgien und Spanien als Aupair-Mädchen und Hospitalera (Herbergsmutter).

Sie erlernte bei ihren teils jahrelangen Auslandsaufenthalten 4 Fremdsprachen.

Schreiben ist für Maria Klingler – neben dem „Muttersein“ – die zweite Leidenschaft. Davon zeugen 11 Bücher und unzählige Aufsätze.

In späteren Jahren arbeitete sie jeweils zwei Wintermonate in Hawaii als „Managerin“ einer Pension.

Maria Klingler wohnt seit 45 Jahren in Kirchdorf in Tirol.

Wir trauern um



Fritz Garhofer

Unser lieber Freund und Mitstreiter, Dr. Friedrich Garhofer ist am 9. September 2009 völlig unerwartet gestorben.

Fritz stand im 60. Lebensjahr und hinterlässt eine schmerzliche Lücke in unserem Freundeskreis.

Nicht nur, weil er sich seiner Vorstands-Aufgabe gewissenhaft und vollkommen zuverlässig gestellt hat, sondern weil wir darüber hinaus einen aufrichtigen und liebenswerten Menschen verloren haben.

Fritz war in seiner besonnenen Art wie ein charakterfestes Zugpferd für den Wiener Kreis. Wir haben ihn als bescheiden und zurückhaltend erlebt, aber so manches Mal hat er in kritischen Momenten den entscheidenden Impuls zur Problemlösung gegeben.

Sein fachliches Wissen, sein sympathischer Humor und seine Freundschaft werden uns immer fehlen.

In unseren Herzen wird Fritz weiterleben.

Gerald Grüner,
für die NFÖ-Landesgruppe Wien und
den Bundesvorstand

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Die Macht der Kleinen...

Im Salzburgischen Pinzgau ist es - ganz im Sinne des Nationalökonom Leopold Kohr - gelungen, die Regionalentwicklung spürbar zu beleben.

Auf der NFÖ-Bundesversammlung am 23. Oktober stellte das geschäftsführende Ehepaar Susanna und Christian Vötter die Arbeit ihres Vereins Tauriska vor (www.tauriska.at). Er kann beeindruckende Erfolge vorweisen: Die

Stärkung des Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Dorfgemeinschaften, die Erhaltung von Brauchtum und lebendiger Alltagskultur, ein „Auf solide Beine stellen“ von regionalwirtschaftlichen Projekten (Bsp: Obstverarbeitung) u.v.m.

Die NFÖ wünscht sich viele ähnliche Regionalentwicklungs-Initiativen in den

Bundesländern. Dann besteht Hoffnung, die zerstörerischen „Konzepte des unbegrenzten Wachstums“ aus unserem Land hinausdrängen zu können. Wir können nur unterstreichen, was Christian Vötter im Vortrag in seinen Worten hervorhob:

„Durch Größe und Geschwindigkeit werden Problemlösungen nur schwieriger.“

Und noch eine vorbildliche, verwandte Initiative in Vorarlberg möchten wir vorstellen:

Nahversorgung stärkt dörfliche Lebensqualität

43 Gemeinden haben sich seit der Gründung im April 2009 dem Verein „**Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung**“ in Vorarlberg angeschlossen. Ludwig Mähr der Obmann und gleichzeitig Bürgermeister von Düns äußert sich sehr zufrieden „Wir haben bereits Mit-

glieder vom Innermontafon bis zum Bregenzerwald und im Tannberggebiet.“ Ziel des Vereins ist ein landesweites Netzwerk, um möglichst in allen Gemeinden die Nahversorgungsstruktur mit Gütern des täglichen Bedarfs aufrecht zu erhalten. (Quelle: www.kommunalnet.at)

UKIP verweist die Arbeiterpartei auf den zweiten Platz

UKIP (Unites Kingdom Independence Party, übersetzt Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreiches, oftmals auch englische EU-Austrittspartei genannt) stürmte beim letzten EU-Parlamentswahl- Rennen auf den zweiten Platz, vor der Arbeiterpartei. UKIP erreichte 17,4 % und konnte damit die Zahl der EU-Parlamentarier auf 13 erhöhen.

Was in England jetzt schon möglich ist, warum nicht auch eines Tages in Österreich?

Keine „Handys“ in Frankreichs Volksschulen

Aus Angst vor Schäden durch elektromagnetische Strahlung werden Mobiltelefone (Handy) in französischen Volksschulen verboten. Aktivisten fordern noch strengere Maßnahmen. Auch Handymasten sollen demontiert werden. Frankreichs Gesundheitsminister hat ein

Handyverbot für Volksschulen angekündigt, wie die britische Times berichtet. Weiters müssen Hersteller und Betreiber Geräte anbieten, die nur Textnachrichten verschicken können oder nur mit Freisprecheinrichtung funktionieren. **Damit soll das Gesundheitsrisiko für Kinder,**

das durch elektromagnetische Strahlung auftreten kann, minimiert werden. Die Maßnahmen wurden nach einer sechswöchigen Untersuchung von Handy- und WLAN-Strahlung gesetzt, die von der Regierung durchgeführt wurde. (Quelle: diepresse.com vom 28.5.09)

Staatliche Kontrolle verhindert Ausbeutung

Lithium, ein kostbares Leichtmetall, ist wesentlicher Bestandteil moderner Batterien. Bolivien, auf dessen Staatsgebiet geschätzte 50 Prozent der weltweiten Vorkommen des seltenen Metalls vermutet werden, hat nicht nur diese Gleichung erkannt, sondern vor allem die Zeichen der Zeit.

Diese weisen wegen der zunehmenden Knappheit fossiler Treibstoffe immer stärker in Richtung alternativer Antriebe. „Wir wissen, daß Bolivien das Saudi-

Arabien des Lithium werden kann“, zitierte die „NYT“ den Sprecher einer Kooperative von Lithium-Salzsammlern, der FRUTCAS, Francisco Quisbert. **„Wir sind arm, aber keine dummen Bauern.** Das Lithium ist Besitz Boliviens, aber es ist auch unser Eigentum.“ Die Regierung unter dem Staatspräsidenten Evo Morales hatte vorausschauend bereits 2006 die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen in seinem Land unter staatliche Kontrolle gestellt.

„Das frühere Modell der imperialistischen Ausbeutung unserer Rohstoffvorkommen wird sich nicht wiederholen“, so der Chef der für den Bergbau zuständigen nationalen Kontrollbehörde Corporacion Minera de Bolivia (COMIBOL), Saul Villegas. „Für Ausländer könnte es die Möglichkeit geben, unsere Minderheitspartner zu werden – oder, noch besser, unsere Kunden.“ (Quelle: orf, 14.9.2009)

Wir bitten herzlich um Ihre Unterstützung

Lieber Leser, sehr verehrte Leserin, wir haben uns im vergangenen Jahr viel vorgenommen und auch umgesetzt, ein DD-Volksbegehren gestartet, wichtige Veranstaltungen organisiert, irische Widerstands-Initiativen gegen den Lisbon-Vertrag unterstützt, zahlreiche Info-Stände betreut, tausende von Briefen geschrieben, unser Nachrichtenblatt vier Mal an durchschnittlich 12.000 Sympathisanten versandt u.v.m. Gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten (jeweils ca. 4.500 Euro) geraten wir immer wieder in finanzielle Nöte, wir erhalten ja keinen „Groschen“ (Cent) aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen. **So dürfen wir auch diesem Nachrichtenblatt wieder einen Erlagschein beilegen und Sie um Ihre finanzielle Hilfe bitten. Vielen Dank im Voraus!**

Wichtige Information: Unsere Netzseiten (Netzauftritt: www.nfoe.at) sind nach einer längeren Überarbeitungs-Pause wieder aktualisiert.

